

Teilen statt kaufen

Sharing Economy. Teilen hat Konjunktur. Egal ob Autos von DriveNow, Schlafplätze über Airbnb oder Wissen bei Wikipedia – unter dem Stichwort Sharing Economy werden Ressourcen gemeinsam und damit effizienter genutzt. Eine Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt allerdings: Im Vergleich zu den USA liegen Deutschland und Europa beim Sharing deutlich zurück, vor allem weil es keine einheitlichen Regeln für Firmengründungen und zu viele administrative Hürden gibt.

Das Prinzip ist einfach, aber effektiv: Anstatt selbst viel Geld in Eigentum zu investieren, teile ich meine Räume, Gegenstände oder Ideen und vermiete sie zum Beispiel für eine festgelegte Dauer. Dieser Gedanke des Teilens ist nicht neu.

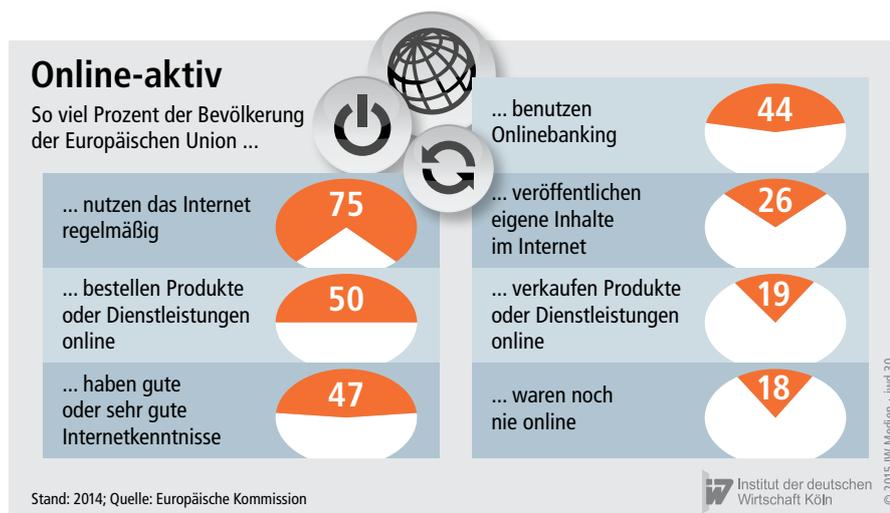
Seit Jahrhunderten werden Bücher und inzwischen auch andere Medien in Bibliotheken verliehen, in landwirtschaftlichen Genossenschaften nutzen Bauern Maschinen gemeinschaftlich, Nachbarn helfen sich gegenseitig beim Hausbau.

Dass die Sharing Economy zuletzt so enorm zugenommen hat, ist vor allem den digitalen Vermittlungsplattformen zu verdanken. Sie haben aus der Kultur des Teilens einen Marktplatz gemacht, auf dem jeder Internetuser mitmischen kann – als Nachfrager oder Anbieter (Grafik).

Weltweit wurden 2014 laut Bundesverband der Verbraucherzentralen 6 Milliarden Dollar in Start-ups der Sharing Economy investiert, 2010 waren es erst 300 Millionen Dollar.

Mit unzähligen unterschiedlichen Geschäftsmodellen in verschiedenen Märkten ist die Sharing Economy allerdings recht unübersichtlich. Generell gibt es drei Bereiche:

- **Kostenloses Teilen** beinhaltet jene Geschäftsmodelle, bei denen private Eigentümer ihre Güter mit anderen teilen, ohne dafür bezahlt zu werden. Das Unternehmen übernimmt dabei die Funktion eines Vermittlers, der Anbieter und Nachfrager zusammenbringt – wie zum Beispiel die Wohnraumvermittlungsplattform CouchSurfing oder das Onlinelexikon Wikipedia. →



Inhalt

Fortbildung. Fachkräfte, die sich fortbilden und einen staatlich anerkannten Abschluss machen, steigen öfter auf der Karriereleiter nach oben.
Seite 3

Griechenland. Arbeit ist in Griechenland deutlich billiger als in Deutschland. Allerdings hat sich die Produktivität in den vergangenen 15 Jahren kaum verbessert.
Seite 4-5

Urlaub. Die Bundesbürger haben 2014 im Schnitt knapp 1.100 Euro pro Person für ihren Haupturlaub ausgegeben. Besonders viel wert war ihr Geld in Kroatien, Polen und der Türkei.
Seite 6-7

Öl- und Gasverbrauch. Der weltweite Konsum von Öl und Gas steigt unaufhörlich. Das gilt indes nicht für Deutschland.
Seite 8

→ • **Kostenpflichtiges Teilen** funktioniert wie das kostenlose Teilen mit dem Unterschied, dass der Besitzer eines Gutes ein Nutzungsentgelt erhält. Typische Beispiele für dieses Geschäftsmodell sind Airbnb als Vermittler privaten Wohnraums und Uber als Vermittler privater Fahrer.

- **Mieten** bedeutet, dass ein Unternehmen Güter besitzt, die gegen eine Gebühr benutzt werden können. Dafür nutzt die Firma der Sharing Economy aber stärker das Internet, als es im traditionellen Geschäftsmodell des Vermietens der Fall ist. Car2Go oder DriveNow zum Beispiel vermieten über das mobile Internet Autos minutenweise.

Die Bevölkerung vertraut laut einer Studie der EU-Kommission traditionellen Geschäftsmodellen und Firmen seit der Finanzkrise weniger als früher. In der Sharing Economy werden Konsumenten zu Anbietern, Bewertungssysteme bilden Vertrauen und neue Firmen werden zu Konkurrenten der traditionellen Unternehmen.

In den USA ist die Sharing Economy deutlich präsenter als in Europa. Das Umfeld für Firmengründer ist dort aber auch anders (Grafik).

Während es in den USA im Schnitt fünf Tage dauert, eine Firma anzumelden, müssen Gründer in Europa durchschnittlich zwölf Tage für Behördengänge einplanen. Auch der Zugang zu Fremdkapital ist in Deutschland deutlich schwieriger als etwa in den USA oder Großbritannien. Dies alles wirkt sich auch auf die Gründung von Sharing-Economy-Unternehmen aus, wie eine Studie des IW Köln verdeutlicht.

In vielen Märkten ist zudem unklar, ob Sharing-Economy-Firmen an die gleichen Regeln gebunden sind wie traditionelle Firmen. Die Unternehmen mit Fokus auf das Teilen sind meist der Auffassung, dass die bestehenden gesetzlichen Regulierungen ihre Aktivitäten nicht erfassen und daher nicht auf sie zutreffen. Die traditionellen Wettbewerber pochen dagegen auf die Einhaltung der Regeln. Taxifahrer etwa müssen viele Auflagen erfüllen – sie müssen zum Beispiel Ortskenntnisse nachweisen –, die Uber für seine Fahrer nicht gelten lassen will. Diskutiert wird auch, ob nicht bei der privaten Zimmervermittlung künftig Rauchmelder in den Wohnungen vorgeschrieben sein sollten.

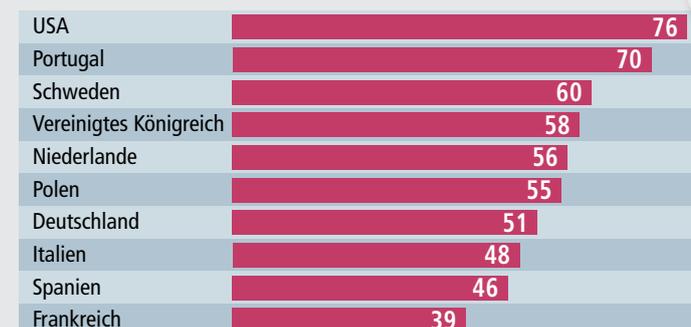
Sollten also die bestehenden Regulierungen an die Märkte der Sharing Economy angepasst werden? Und wenn ja, wie? Um diese Fragen beantworten zu können, müssen die Wettbewerbsbehörden zunächst den Status quo analysieren. Erst dann können sie entscheiden, ob die Rahmenbedingungen auch auf die neuen Wettbewerber angewandt werden müssten, was in vielen Fällen deren Geschäftsmodell erheblich schwächen würde und zum Vorteil etablierter Firmen wäre.

Alternativ könnten die Rahmenbedingungen an den technologischen Fortschritt angepasst werden. In beiden Fällen wäre ein fairer Wettbewerb zwischen etablierten und Sharing-Economy-Firmen möglich, der bisher oft noch nicht existiert. Soll sich die Sharing Economy in Deutschland dynamisch weiterentwickeln, ist ein angemessener regulatorischer Rahmen vonnöten, der jungen Unternehmen mit neuen Geschäftsmodellen die Sicherheit bietet, die sie für einen Markteintritt benötigen.

Vgl. IW policy paper 19/2015 unter: iwkoeln.de/sharing-economy

Unternehmensgründungen: Die Rolle der Medien

So viel Prozent der 18- bis 64-jährigen Befragten gaben an, dass die Medien in ihrem Land oft über erfolgreiche Neuunternehmen berichten

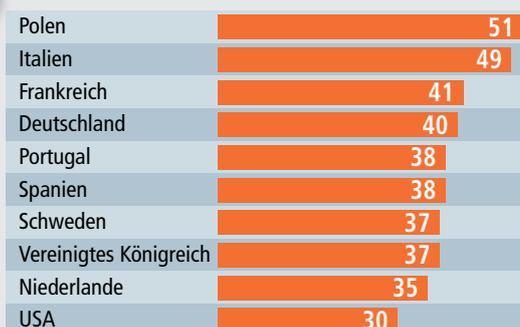


Länderauswahl, Befragung von mindestens 2.000 Personen pro Land im Jahr 2014; Quelle: Global Entrepreneurship Monitor

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Angst vorm Gründen

So viel Prozent der 18- bis 64-jährigen Befragten, die gute Chancen für eine Unternehmensgründung sehen, gaben an, dass die Angst vor dem Scheitern sie davon abhalte



Länderauswahl, Befragung von mindestens 2.000 Personen im Jahr 2014; Quelle: Global Entrepreneurship Monitor

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Auf dem Weg nach oben

Fortbildung. Fachkräfte, die sich fortbilden und einen staatlich anerkannten Abschluss machen, steigen öfter auf der Karriereleiter nach oben. Meister und Techniker erwerben mit der Aufstiegsfortbildung zudem die Berechtigung, an jeder Hochschule das Fach ihrer Wahl zu studieren.

Laut Bundesinstitut für Berufsbildung verfügen in Deutschland derzeit 7,6 Prozent der Erwerbstätigen über einen staatlich anerkannten oder von einer Kammer geregelten Fortbildungsabschluss. Dabei sind drei Levels zu unterscheiden:

1. Fortbildungen, mit denen man sich für spezielle Funktionen im erlernten Berufsfeld qualifiziert. So kann zum Beispiel ein Kaufmann nach der entsprechenden Zusatzprüfung als Fremdsprachenkorrespondent arbeiten.

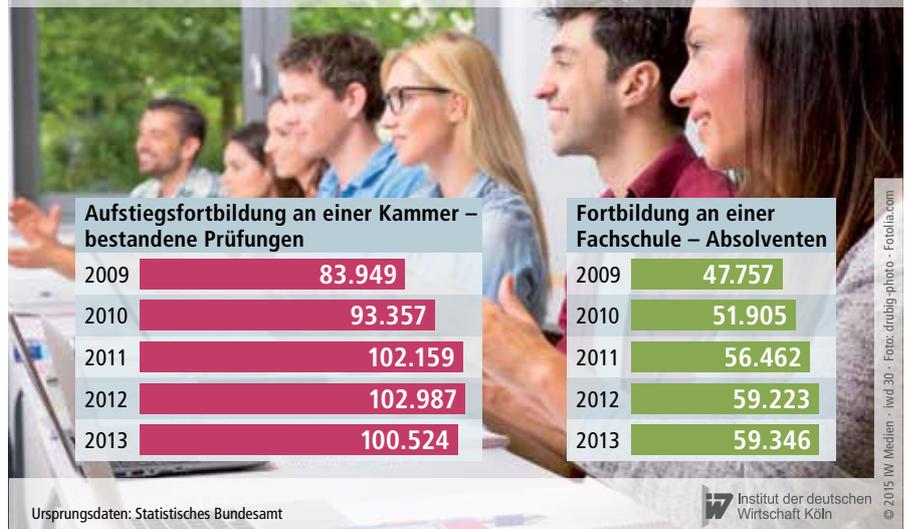
2. Facharbeiter können ihren Meister, den operativen Professional – das ist der Meister in den IT-Berufen –, Fachwirt oder Techniker machen. Diese Abschlüsse entsprechen dem Bachelor und berechtigen zu einem allgemeinen Studium.

3. Fortbildungen, die für die Unternehmensführung sowie die Entwicklung von Innovationen qualifizieren. Mit Abschlüssen wie Geprüfter Betriebswirt, Informatiker oder Berufspädagoge ist eine Qualifikationsstufe erreicht, die dem Master an der Hochschule entspricht.

Je nach Ausbildungsberuf unterscheiden sich auch die Zulassungsvoraussetzungen und Prüfungen für eine Fortbildung:

- Wer im Unternehmen einen Beruf erlernt hat, also im dualen Ausbil-

Staatlich anerkannte Fortbildung



dungssystem, der kann die entsprechenden Fortbildungslehrgänge der zuständigen Kammern oder privater Anbieter besuchen. Die Prüfungen finden bei den Kammern statt.

- Für andere Ausbildungsberufe bieten Fachschulen Weiterbildungslehrgänge und Prüfungen in den Fachbereichen Agrarwirtschaft, Gestaltung, Technik, Wirtschaft und Sozialwesen.

Das Fortbildungsangebot wird rege genutzt (Grafik):

Im Jahr 2013 haben insgesamt etwa 160.000 Personen einen Fortbildungsabschluss erlangt – davon 100.000 an einer Kammer und 60.000 an einer Fachschule.

Dass sich eine solche Fortbildung auszahlt, belegen zahlreiche Studien und Statistiken:

- Eine Befragung des Bundesinstituts für Berufsbildung kommt zu dem Ergebnis, dass Teilnehmer einer Fortbildung häufiger Karriere machen oder mehr verdienen als Kollegen ohne Fortbildung.
- Meister und Techniker waren zuletzt genauso selten arbeitslos wie Akademiker.
- Die Möglichkeit, ohne Abitur, aber mit entsprechender Fortbildung

zu studieren, wird ebenfalls gerne wahrgenommen:

Aktuelle Zahlen des Centrums für Hochschulentwicklung zeigen, dass im Jahr 2013 rund 13.000 Personen ohne Abitur ein Studium begonnen haben – das waren 2,6 Prozent aller Studienanfänger.

Damit hat sich die Zahl der Studienanfänger ohne Abitur seit 2002 etwa vervierfacht.

Dass die Studienberechtigten ohne Abitur den Hochschulen trotzdem oft fernbleiben, hat Gründe: Viele wissen gar nicht, dass sie studieren dürfen. Zudem unterscheiden sich die formalen und inhaltlichen Anforderungen in den einzelnen Bundesländern und die Zugangsverfahren an den Hochschulen.

So ist oft unklar, welche Studienfächer den Ausgebildeten eines bestimmten Berufs offenstehen – denn auch Personen ohne Fortbildungsabschluss können unter bestimmten Bedingungen studieren. Der Wissenschaftsrat empfiehlt daher dreierlei: Einheitliche Regelungen für den Hochschulzugang und für die Anerkennung von Leistungen aus der Aus- und Fortbildung sowie eine Aufhebung der Fächerbindung.

Zwei Welten

Über Griechenland wird derzeit in deutschen Talkshows und an Stammtischen viel geredet, oft bleiben da die Fakten auf der Strecke. Bestimmte ökonomische – und nicht ganz einfache – Themen wie Produktivität, Arbeitszeiten und Arbeitskosten werden so gut wie gar nicht angesprochen, obwohl sie interessante Zusammenhänge offenbaren.

Die Arbeitskosten zum Beispiel sind in Deutschland fast dreimal so hoch wie in Griechenland. Eigentlich spricht das für die Wettbewerbsfähigkeit der Griechen. Aber: Die Lohnstückkosten – das ist das Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde zur Produktivität – sind in Griechenland seit 2000 um fast ein Drittel gestiegen, obwohl der Trend zuletzt leicht rückläufig war.

Die griechische Produktivität – also die Bruttowertschöpfung zu Herstellungskosten je Erwerbstätigenstunde – hat sich in den vergangenen 15 Jahren praktisch überhaupt nicht verbessert.

Noch ein anderer Faktor würde eigentlich für die Wettbewerbsfähigkeit der Hellenen sprechen: Sie arbeiten wesentlich länger als deutsche Arbeitnehmer. Die Bundesbürger haben ihr tarifliches Wochenpensum im Schnitt nach 37,7 Stunden hinter sich – in Griechenland dagegen ist noch eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden Usus.

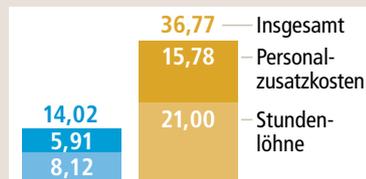
Die Griechen sind zudem flexibler als die Deutschen. In Hellas wird – nicht zuletzt aufgrund des Tourismus – häufiger in Schicht und an Sonntagen gearbeitet als in Germania. Auch gibt es im Süden Europas längst nicht so viele Urlaubs- und Feiertage wie in der Bundesrepublik. Unter dem Strich arbeitet eine deutsche Vollzeitkraft fast 150 Stunden im Jahr weniger als ein Grieche.

Einen weiteren Standortvorteil haben die Hellenen auf den ersten Blick bei Steuern und Abgaben. Der Spitzensteuersatz beträgt in Griechenland nur 42 Prozent, in Deutschland sind es 47,5 Prozent. Allerdings greift der Spitzensatz in Griechenland wesentlich früher.

Eltern wiederum sind in Deutschland klar im Vorteil: Aufgrund von Kindergeld und anderen Familienleistungen müssen sie unter dem Strich deutlich weniger an Fiskus und Sozialversicherung abführen als die Griechen.

I Die Arbeitskosten

Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2013 in Euro je geleistete Stunde



Griechenland Deutschland

Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · IwD 30

III Die Produktivität

im Verarbeitenden Gewerbe 2013, Deutschland = 100

Veränderung 2000 bis 2013 in Prozent



Produktivität: Bruttowertschöpfung zu Herstellungskosten je Erwerbstätigenstunde in Preisen und Wechselkursen von 2013; Veränderung 2000 bis 2013: in nationaler Währung; Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Eurostat, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · IwD 30

II Die Lohnstückkosten

im Verarbeitenden Gewerbe 2013, Deutschland = 100

Veränderung 2000 bis 2013 in Prozent



Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Eurostat, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · IwD 30

V Die Schicht- und Sonntagsarbeit

Beschäftigte mit regelmäßiger ... in Prozent aller Beschäftigten im Jahr 2014

... Schichtarbeit



... Sonntagsarbeit



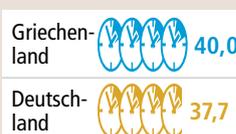
Quelle: EIRO

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · IwD 30

IV Die Wochenarbeitszeit

Tarifliche Wochenarbeitszeit 2013 in Stunden



Quelle: EIRO

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · IwD 30

VI Die Freizeit

Urlaubs- und Feiertage im Jahr 2013



Feiertage: solche, die auf Arbeitstage fallen

Ursprungsdaten: EIRO

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · IwD 30

VII Das Jahrespensum

Tarifliche Jahres-Sollarbeitszeit für Vollzeitmitarbeiter 2013 in Stunden



Quelle: EIRO

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

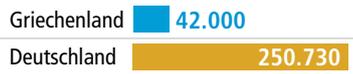
© 2015 IW Medien · IwD 30

VIII Die Einkommenssteuer

Spitzensteuersatz im Jahr 2014 in Prozent



Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz 2014 in Euro



Ursprungsdaten:
Bundesfinanzministerium

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 30

X Die Abgabenbelastung

Von 100 Euro Arbeitskosten musste im Jahr 2013 ein Durchschnittsverdiener so viel Euro an Einkommenssteuer und Sozialversicherungsbeiträgen abführen

Lediger Arbeitnehmer



Verheirateter, alleinvertienender Arbeitnehmer mit zwei Kindern



einschließlich Arbeitgeberbeiträge
Quelle: Bundesfinanzministerium

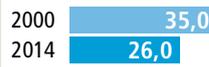
Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 30

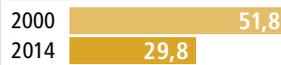
IX Die Unternehmenssteuer

Tarifliche Grenzsteuerlast einer Kapitalgesellschaft in Prozent des einbehaltenen Gewinns

Griechenland



Deutschland



Ursprungsdaten: Bundesfinanzministerium, nationale Finanzministerien

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 30

XI Das Pro-Kopf-Einkommen

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Kaufkraftparitäten-Dollar im Jahr 2014



Quelle: IWF

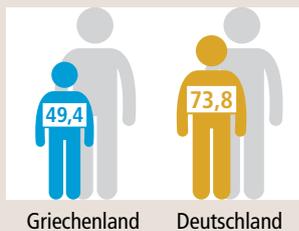
Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 30

Die niedrige Erwerbstätigenquote in Griechenland hängt zwar auch mit der hohen Arbeitslosigkeit zusammen. Allerdings scheiden viele Hellenen schon lange vor dem offiziellen Rentenalter aus dem Beruf aus. Staatsdiener zum Beispiel gehen nach Angaben der griechischen Regierung mit 56 Jahren aufs Altenteil.

XII Die Erwerbstätigkeit

Erwerbstätige in Prozent der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren im Jahr 2014



Quelle: Eurostat

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 30

XIII Die Langzeitarbeitslosigkeit

Langzeitarbeitslose in Prozent aller Erwerbspersonen im Jahr 2014



Quelle: Eurostat

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 30

Wenn einer eine Reise tut

Urlaub. Fast sechs von zehn Bundesbürgern haben im vergangenen Jahr eine Reise gemacht, die mindestens fünf Tage gedauert hat – mehr als die Hälfte dieser Urlauber war sogar mehrfach unterwegs. Im Schnitt gaben die Deutschen für ihren Haupturlaub knapp 1.100 Euro pro Person aus, davon etwa die Hälfte im Ausland. Wie viel oder wie wenig der Euro im Urlaub wert ist, zeigt ein Preisvergleich in den 15 beliebtesten Reiseländern der Deutschen.

Auch wenn seit ein paar Jahren immer wieder Meldungen auftauchen, wonach nicht mehr die Deutschen das reisefreudigste Volk der Welt sind, sondern die Chinesen – für einen Platz auf dem Treppchen reicht die Reiselust der Bundesbürger allemal.

Der Deutsche ReiseVerband hat zum Beispiel ausgerechnet, dass die Ausgaben für Auslandsreisen im vergangenen Jahr auf den Rekordwert von nahezu 70 Milliarden Euro gestiegen sind – statistisch gesehen hat also jeder einzelne Bundesbürger rund 850 Euro für einen Trip ins

Ausland ausgegeben. Und mindestens noch einmal die gleiche Summe haben die Deutschen für ihre Reisen in heimische Gefilde aufgebracht.

Dass die Bundesbürger so viel unterwegs sein können, hat einen ganz simplen Grund (Grafik):

Mit jeweils 40 Urlaubs- und Feiertagen, die auf einen Arbeitstag fallen, sind Franzosen und Deutsche Freizeitweltmeister.

Der Kehrwert der vielen Urlaubs- und Feiertage ist die relativ geringe Arbeitszeit: Mit einer tariflichen Sollarbeitszeit von 1.659 Stunden im Jahr verbringen die Deutschen zwischen 150 und 180 Stunden weniger im Büro oder der Werkhalle als die Spitzenreiter aus Polen, Ungarn, Griechenland, Luxemburg und Portugal. Weniger Stunden als die Deutschen arbeiten nur noch die Dänen und die Franzosen.

Schenkt man den landläufigen Klischees Glauben, dann nutzen die Bundesbürger offenbar einen Teil ihrer zusätzlichen Freizeit für ausgiebige Preisvergleiche – angeblich ist die Bundesrepublik das Land der Schnäppchenjäger.

Wenn das stimmt, dann hätten die Deutschen im vergangenen Jahr eigentlich scharenweise nach Mazedonien, Albanien und Bulgarien fahren müssen, denn in diesen drei Ländern war der Urlaub mit Abstand am preiswertesten: Fürs Hotel und in Gaststätten sowie fürs Taxi zahlt der Urlauber dort weniger als die Hälfte des EU-Durchschnitts – und auch der Wein oder das Bier sind um rund 30 Prozent billiger.

Schaut man jedoch auf die tatsächlichen, sprich die 15 beliebtesten



Reiseziele der Deutschen, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Mit Kroatien, Polen und der Türkei sind zwar auch in diesem Ranking vergleichsweise günstige Urlaubsziele dabei, insbesondere in Skandinavien mussten die Bundesbürger jedoch sehr tief in die Tasche greifen (Grafik):

Hotels und Gaststätten. Norwegen, Dänemark, Schweden und die Schweiz sind bei fast allen typischen Urlaubsausgaben teurer als alle anderen Länder.

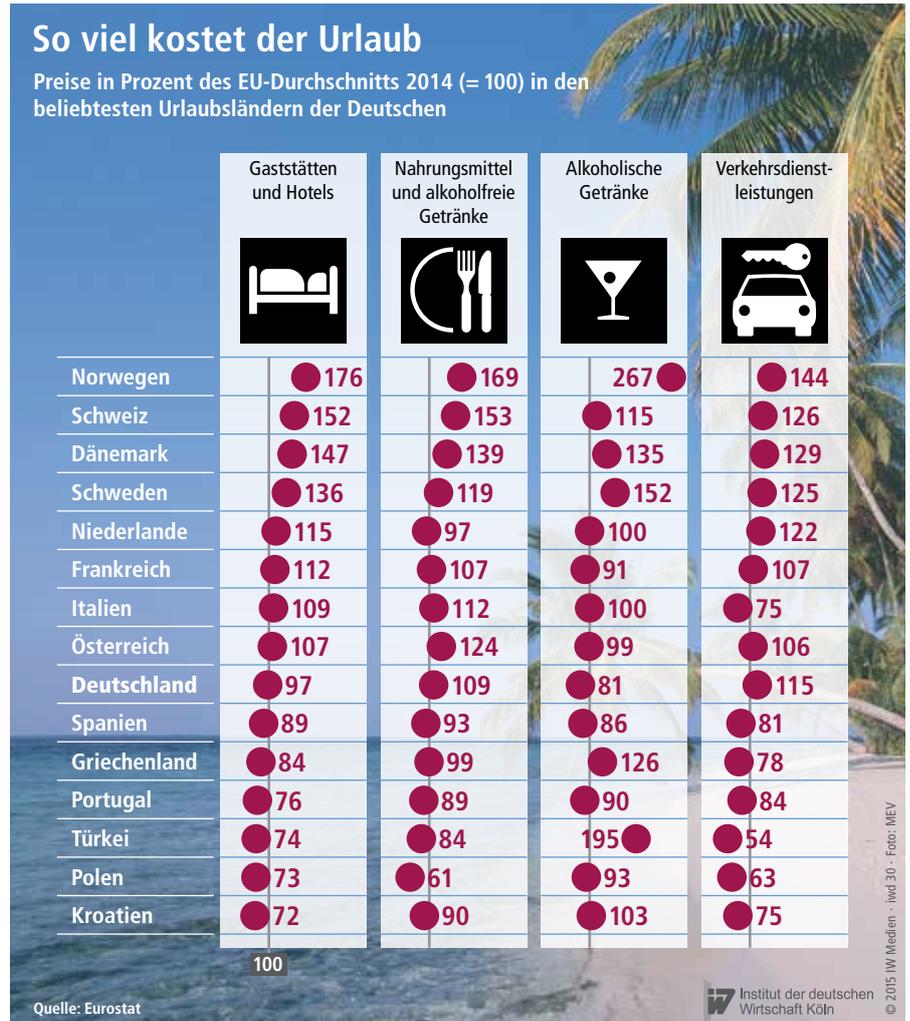
Das gilt auch für die Unterkunft und das gastronomische Angebot. Verglichen mit dem EU-Durchschnitt müssen die Urlauber in diesen Ländern Preisauflschläge hinnehmen, die zwischen gut einem Drittel und drei Vierteln liegen.

Wer als Deutscher dagegen im eigenen Land Urlaub macht – immerhin 30 Prozent aller Reisen der Bundesbürger hatten im vergangenen Jahr ein Ziel in Deutschland –, zahlt fürs Hotel und in Gaststätten sogar 3 Prozent weniger als im EU-Durchschnitt.

Damit liegt die Bundesrepublik in dieser Ausgabenkategorie zwischen Spanien und Italien, den beiden beliebtesten Reisezielen der Bundesbürger im vergangenen Jahr.

Nahrungsmittel. Für Selbstversorger war 2014 Polen das preisgünstigste Land unter den 15 beliebtesten Reisezielen. Mit rund 60 Prozent des EU-Durchschnitts kosten Lebensmittel beim östlichen Nachbarn Deutschlands weniger als die Hälfte dessen, was beim südlichen Nachbarn Österreich fällig ist.

In der Bundesrepublik selbst sind Lebensmittel – trotz Aldi, Lidl und



Co. – immerhin 9 Prozent teurer als im EU-Durchschnitt und liegen damit auf einem ähnlichen Preisniveau wie in Italien und Frankreich.

Alkohol. In keiner anderen Ausgabenkategorie klaffen die Preise so weit auseinander wie in dieser. Unangefochtener Spitzenreiter ist Norwegen, wo Alkohol aufgrund der hohen Steuern 2,7-mal so teuer ist wie im EU-Durchschnitt. Für ein Glas Bier muss man im hohen Norden schon mal umgerechnet 10 Euro auf den Tisch legen.

Das dürfte insbesondere die Bundesbürger ins Staunen versetzen: Denn in Deutschland ist Alkohol fast ein Fünftel günstiger als im Durchschnitt der EU – und damit so billig wie in keinem anderen der 15 beliebtesten Reiseländer.

Verkehrsdienstleistungen. Wer nicht mit dem eigenen Auto in Urlaub fährt, sondern vor Ort auf Bus, Bahn und Taxi angewiesen ist, erlebt – außer in Norwegen – so gut wie keine unangenehmen Überraschungen. Während der öffentliche Nahverkehr und andere Anbieter in der Bundesrepublik 15 Prozent teurer sind als im EU-Durchschnitt, kommt man als Deutscher in vielen Ländern günstiger von A nach B als daheim.

Apropos daheim: Wenn die Bundesbürger im Urlaub etwas vermisst haben, dann meist das eigene Bett (46 Prozent). Frauen vermissen zudem ihr Haustier und das eigene Bad überdurchschnittlich oft. Männern dagegen fehlen neben dem Bett vor allem der Fernseher, die Zeitung und deutsches Essen.

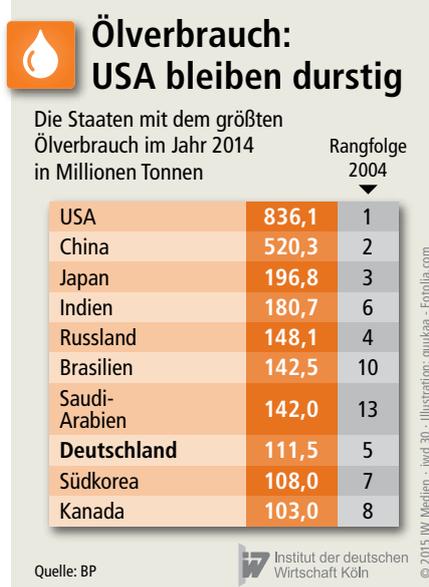
Die Nachfrage bleibt hoch

Öl- und Gasverbrauch. Trotz aller politischen Bekundungen, man wolle aus Klimaschutzgründen weniger fossile Rohstoffe nutzen, kennt der weltweite Verbrauch von Öl und Gas nur eine Richtung: nach oben. Das gilt indes nicht für Deutschland.

Die Entwicklungen auf dem Öl- und Gasmarkt gleichen sich in vielen Punkten fast aufs Haar:

Ölverbrauch. In den vergangenen zehn Jahren hat sich der weltweite Ölkonsum weiter erhöht – um knapp 9 Prozent auf 4.211 Millionen Tonnen im Jahr 2014. Die zehn Länder mit dem größten Ölverbrauch haben zuletzt 2.490 Millionen Tonnen oder 60 Prozent des schwarzen Goldes geschluckt (Grafik).

Ein Großteil des Anstiegs seit 2004 geht auf den Wirtschaftsboom in China zurück, der den Ölkonsum dort um 63 Prozent in die Höhe schießen ließ. Den größten Ölbedarf haben aber nach wie vor die USA.



Fast 840 Millionen Tonnen schmiegen dort den Wirtschaftskreislauf. Das waren allerdings 100 Millionen Tonnen weniger als 2004.

Ebenfalls weniger Öl schluckt Deutschland, das seit 2004 von Rang 5 auf Rang 8 der zehn größten Ölkonsumenten zurückgefallen ist. Die Appelle, Energie zu sparen, fruchten also zumindest hierzulande.

Neu in die Top Ten aufgestiegen ist Saudi-Arabien. Der Zuwachs des Ölverbrauchs um mehr als 60 Prozent seit dem Jahr 2004 ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Saudis ihren Strom in Ölkraftwerken erzeugen. Und Strom brauchen die 29 Millionen Einwohner vor allem, um ihre Klimaanlage zu beheizen, die gerade sehr im Trend sind.



Gasverbrauch. Eine ähnliche Entwicklung wie beim Öl hat es auch beim Erdgas gegeben. Insgesamt legte der Verbrauch zwischen 2004 und 2014 weltweit um ein Viertel auf 3.393 Milliarden Kubikmeter zu, wobei die USA wiederum Hauptabnehmer sind (Grafik). In den Club der zehn Staaten mit dem größten Gasverbrauch aufgerückt sind die Chinesen – ihr Gaskonsum hat sich infolge der boomenden Wirtschaft seit 2004 mehr als vervierfacht.

In Deutschland dagegen haben sich Wirtschaftswachstum und Gasverbrauch längst entkoppelt – und der milde Winter 2013/14 tat ein Übriges. Allein 2014 ging der Gasverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um 14 Prozent zurück.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de